

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

115 (18.5.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1,10 M., 1/2jähr. 3,30 M., zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 8-11 u. 2-4 1/2 Uhr abends. Herzspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Fortdauer der Operationspause.

Von Richard Gädke, früherer Oberst.

Die Operationspause, in der wir uns seit Wochen befinden, ist bis zum 13. Mai immer noch fortgedauert. Wir wissen, daß sie auf deutscher Seite durch notwendige Vorbereitungen hinter der Front bedingt worden ist, und wir haben gehört, daß ein Angriffsunternehmen dieses Wurfes nicht in einem Zuge bis zu Ende geführt werden kann. In jedem großen Kriege sind derartige längere oder kürzere Pausen eingetreten; sogar in dem unerhörten siegreichen Feldzuge Napoleons I. gegen Preußen im Jahre 1806/07 ergab sich eine monatelange Unterbrechung der Unternehmungen während des Winters zwischen den Schlachten von Eylau und bei Heilsberg. Im Feldzuge von 1809 lehen wir eine Pause von 6 Wochen zwischen den Schlachten von Aspern (21., 22. Mai) und von Wagram (5., 6. Juli). Ganz die gleichen Erscheinungen traten in dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 hervor, obwohl er ungewöhnlich reich und in ungewöhnlich großen und siegreichen Schlachten verlief. Endlich zeigte uns auch der russisch-japanische Kriege von 1904/05 lange, öde Strecken scheinbarer Untätigkeit zwischen den einzelnen Schlachten. Nach der Schlacht von Mukden fand bis zum Ende des Krieges überhaupt keine größere Unternehmung mehr statt; beide Teile fühlten sich zu einem Angriff nicht stark genug.

Wenn wir uns also nicht wundern dürfen, daß auch der deutsche Frühjahrsfeldzug des Jahres 1918 nach den Schlachten von Arras-La Fert und Armentières zunächst wieder in einen Stellungskrieg ausgelassen ist, so werden wir andererseits doch die Frage aufwerfen müssen, warum denn der Feind diese Zwischenzeit nicht benutzte, um seinerseits zu einem Gegenschlage auszuholen. Es ist uns in der feindlichen Presse wiederholt angeklagt und in Versprechungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens angedeutet worden. Die Auffstellung der Meeres unter Joch hatte ja ursprünglich den Zweck, Kräfte zu sammeln, die man erst dann an irgend einer Front vorwerfen wollte, wenn das deutsche Angriffsunternehmen, das man erwartete, an der Stärke der englisch-französischen Verteidigung gescheitert sei. Wir haben keinen Grund, alle jene Erörterungen in gegnerischen Ragen für eitle Windbeutelerei und für vornehmere beabsichtigte Täuschung aufzufassen. Denn daß man die deutsche Heeresleitung, die über die Verhältnisse genau unterrichtet war und bis dahin kein Beispiel schwankender Entschlüsse gegeben hatte, nicht täuschen würde, mußte man sich von vornherein sagen. Eine beabsichtigte gemockte Täuschung des eigenen Volkes aber war wegen ihrer späteren Folgen gefährlich, daß man sie unmöglich annehmen darf.

Wenn also gegenwärtig, wo der deutsche Frühjahrsangriff — aus welchen Gründen auch immer — einen zeitweiligen Halt erfahren hat, die allgemeine Vorbereitung der feindlichen Heere dennoch nicht stattfindet, so muß dies seine inneren Gründe haben, die von den englisch-französischen Führern nicht vorhergesehen waren. Ich erblicke sie in dem unerwartet hohen Kraftverbrauch unserer Gegner während des bisherigen Verlaufes des Feldzuges. Er übersteigt wahrscheinlich die deutsche Einbuße um ein mehrfaches. Während man also gehofft hatte — und nach den eigenen Erfahrungen der Jahre 1916 und 1917 nicht mit Unrecht —, daß der größere Verlust des Angreifers die Stärkeverhältnisse ausgleichen und vielleicht umkehren werde, ist genau das entgegengesetzte eingetroffen. Die Einbuße der Franzosen und der Engländer ist so groß geworden, daß die verfügbaren Meeres bereits eingetret werden mußten. Der Krieg aber ist bei weitem nicht in dem Maße eingetroffen, um die Schwächung der feindlichen Streitkräfte in fühlbarem Maße zu vermindern. Die ausgeübten Mannschaften der Engländer und Franzosen sind größtenteils aufgebraucht; die neue Ausfüllung infolge des neuen Wehrpflichtgesetzes in England kam erst in Monaten wirksam werden, wahrscheinlich nicht vor dem Herbst; das gleiche gilt für die 17- und 18-Jährigen in Frankreich. Die Amerikaner aber treffen unter großen Vorsichtsmaßnahmen nur tropfenweise ein und genähren in ihrer militärisch-ungenügenden Verfassung keine wesentliche Hilfe. Nach jetzt scheinen sie selbst an rüstigen Fronten mit französischen Bataillonen vermischt oder wenigstens von ihnen eingerahmt zu werden. Und auf die Front ist überhaupt nicht mehr zu rechnen.

Das englische Heer im ganzen genommen befindet zurzeit keine Angriffskräfte, was natürlich nicht hindert, daß an einzelnen Punkten örtliche Angriffe von einzelnen Divisionen angeht und auch kraftvoll durchgeführt werden. Aber es ist bezeichnend, daß der letzte größere Sturm in der englischen Ständerfront am 8. Mai von 6 französischen und nur von zwei englischen Divisionen unternommen wurde. Auch an der Somme wurden in der letzten Zeit, z. B. am 6. und 7. Mai, hauptsächlich Australer eingeleitet. Aber auch die französische Angriffskraft muß bereits stark mitgenommen sein, nachdem 40 Divisionen in die Blut der englischen Front hineingeworfen wurden.

Würde General Joch seinerseits noch an eine allgemeine Vorbereitung seiner Streitkräfte denken, so würde der verfloßene Zeitraum offenbar der günstigste gewesen sein. Denn man läßt doch die Gegenwoge, die man in das stürmische Meer der Feinde werfen will, am liebsten auf ein Wellental fallen, daß sie in ihrem Sturze überfällt, und nicht gegen den heranbrausenden Wellenberg, von dem sie überkämmt und begraben wird.

Da Joch sich dazu nicht imstande fühlte, ist ein großer Gegenanschlag für absehbare Zeit voraussichtlich aufgegeben. Er sieht sich aufs Abwarten angewiesen und auf die reine Abwehr des neuen deutschen Angriffes, den er voraussetzt, ohne doch Zeit und Ort und Umfang zu kennen. Es gibt keine schwierigere Lage für einen Feldherrn als diese. Sie wird ihm dadurch nicht erleichtert, daß die feindlichen Militärärzte annehmen, auch der neue Schlag Hindenburgs werde gegen die englische und schon so stark mit Franzosen untermischte Front stattfinden und die Trennung der Franzosen von den Engländern ins Auge fassen. Diese Front ist sehr ausgedehnt, sie erstreckt sich von der Nordsee bis zur Dnie in einer Länge von 260 Kilometern. Sie überall gleichmäßig zu schützen, würde eine neue Zerspaltung der feindlichen Kräfte herbeiführen. Wird der deutsche Angriff in der ganzen Ausdehnung dieser Front angeht werden oder wo? Gegen welche Punkte wird er sich hauptsächlich richten? General Joch ist ein zu umsichtiger Feldherr, um sich nicht sagen zu müssen, daß die Deutschen schließlich auch gegen andere Fronten noch einen oder mehrere Angriffe richten können, er wird also schwerlich wagen, das große noch verbleibende Gebiet von der Dnie über Reims und Verdun und über Lothringen bis zu den Vogesen und der Burgunderpfote völlig zu vernachlässigen. Dem von Feldherren, wie Hindenburg und Ludendorff sind, erwartet man stets Ueberrassungen, und gerade solche, auf die man vorher am wenigsten gefaßt war. Nun mag der wunderbare Vorstoß der feindlichen Front die Mittengegend von Flandern und der Skardie sein; es gibt aber noch andere Punkte, deren Durchstoßung durch einen deutschen Massensturm verhängnisvolle Folgen für den Fortgang des Krieges haben würde.

In dieser Unsicherheit liegt die Schwermütigkeit der Lage, vor die sich der feindliche Feldherr gestellt sieht. Es ist die Schwermütigkeit einer Verteidigung, die ihrerseits nicht zum Angriff übergehen kann, sondern das Gesetz des Handelns vom Gegner empfangen muß.

Sehr große Feldherren könnten unter besonders günstigen Umständen auch über diese Schwermütigkeiten hinwegkommen, und selbst noch Siege erröchten — nur selten solche fruchtbarer Art — im allgemeinen aber ist eine derartige Lage nicht glückverheißend; sie gleicht der eines Fechters, der sich nicht von der Stelle rühren kann, während der andere völlige Freiheit der Bewegung und des Entschlusses hat.

Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Berlin, 16. Mai. (Nicht amtlich.) Die Verhandlungen der deutschen und schweizerischen Unterhändler über den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens hatten zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung geführt. Die Bedingungen und die Annahme des Vertrages waren vom schweizerischen Bundesrat am Dienstag Abend genehmigt worden, jedoch der Vertrag von den beiderseitigen Delegierten am Mittwoch, den 15. Mai endgültig aufgesetzt werden konnte. Es war darin der durch die französische Kohlenofferte bereits verursachten Schwierigkeiten in der Weise Rechnung getragen, daß deutscherseits auf die Kohlenverorgungskontrolle solange verzichtet wurde, als Frankreich seine Zusage auch nur annähernd im selben Verhältnisse erfüllen würde, wie Deutschland.

Auf das plötzliche Dazwischentreten des französischen Geschäftsträgers ist in letzter Stunde das schon genehmigte Abkommen zurückgezogen worden. Die französische Regierung hat der Schweiz die Forderung gestellt, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, widrigenfalls das Kohlenangebot hinfällig würde. Für diesen Fall hat der französische Geschäftsträger der Schweiz den Wirtschaftskrieg seitens der Entente in Aussicht gestellt. Gegenüber den unabsehbaren Folgen des von der französischen Regierung angedrohten Wirtschaftskrieges hat die Schweiz sich eine Ueberlebensfrist bis zum 22. Mai erbeten. Damit ist vom heutigen Tage an der wertlose Zustand zwischen Deutschland und der Schweiz eingetreten, für dessen Folgen Deutschland die Verantwortung ablehnt.

* Der Sinn der Forderung, die Frankreich, nicht nur für sich, sondern zugleich auch für die Entente an die Schweiz stellt, ist ganz klar. Es handelt sich um ein regelrechtes Ultimatum, das die Schweiz zwingen soll, ihre mühsam bewahrte wirtschaftliche Neutralität zugunsten der Entente aufzugeben. Mit dem Hintergedanken, daß in der so beschaffenen Lage auch die politische Neutralität schwerlich noch lange am Leben bleiben könne. Das ist ein neues Glied in der Kette der neuen Maßnahmen zur Bergewaltigung der kleinen neutralen Staaten, die mit der Wegnahme der holländischen Schiffe begonnen worden sind.

Deutscher Tagesbericht.

W. Großes Hauptquartier, 17. Mai. Amtlich. Westlicher Kriegshauptquartier. Ein feindlicher Monitor beschuß Olende und fügte der Bevölkerung erhebliche Verluste zu.

An den Kampffronten war die Feuerfähigkeit nur in wenigen Abschnitten gesteigert. Neue Erdkundigungsfähigkeit hielt an. Bei Abwehr stärkerer englischer Vorstöße nördlich der Somme und bei Beaumont-Hamel sowie erfolgreicher eigenen Unternehmungen südlich von Arras machten wir Gefangene.

An den übrigen Schauplätzen nichts von Bedeutung. Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. Leutnant Löwenhardt errang seinen 22., Leutnant Windisch seinen 21. Luftsieg.

Türkischer Bericht.

W. B. Konstantinopel, 16. Mai. (Nicht amtlich.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. Palästinafront. Auf dem Ostjordanufer wurden feindliche Aufklärungsabteilungen vertrieben. Unsere Flieger griffen Nebellenlager erfolgreich mit Bomben an. Mesopotamien: Gegen unsere Stützgruppe und am Tigris vorstehende feindliche Panzerstrafwagen wurden von unserer Artillerie abgewiesen. In Gegend Allyn-Köperü schuß Hauptmann Schütz, der Führer der hier unter den schwierigsten Verhältnissen kämpfenden kampferprobten deutschen Flieger aus einem feindlichen Flugzeuggeschwader einen Bombendoppeldecker ab und errang hiermit seinen zehnten Luftsieg, davon zwei im Irak.

W. B. Konstantinopel, 17. Mai. (Nicht amtlich.) Die Tel. Ag. Milli erfährt: Nach den letzten Nachrichten haben die Bolschewiki in der Gegend von Baku aus Turkestan und Astrachan Verstärkungen erhalten, die auf russischen Kanonenbooten über das Kaspiische Meer gekommen waren. Bei Eintreffen dieser Verstärkungen gingen die Bolschewikbanden zum Angriff über, in dessen Verlauf die Muselmanen trotz heldenmütigen Widerstandes wegen Mangels an Verteidigungsmitteln die Stadt Baku verloren, die nicht gehalten werden konnte, obwohl Muselmanen aus Daghestan und Georgien zur Hilfeleistung herbeigeeilt waren, weil den Verteidigern die Patronen ausgegangen waren und es ihnen überdies an Verteidigungsmitteln mangelte. Die Bolschewiki setzten den Angriff in bestiger Weise fort.

Neue Verfestungen.

W. B. Berlin, 16. Mai. (Amtlich.) Unsere Mittelmeerunterseeboote vernichteten über 25 000 B.M.L. feindlichen Schiffsraums. Den Hauptanteil an diesem Erlöse hatte das von Kapitänleutnant Marshall befehligte Unterseeboot. Die englischen beladenen Dampfer „Kut San“ (4894 B.M.L.) und „Conway“ (4003 B.M.L.) wurden aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Der ganz neue mit zwei Hilfsmotoren versehene amerikanische Biermaschinen „City of Penicola“ (705 B.M.L.) wurde durch Sprengpatronen versenkt.

W. B. Bern, 17. Mai. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Der Postdampfer „Atlantique“, der Linie Messagerie Maritime wurde Anfangs Mai im Mittelmeer angegriffen und von einem Torpedo getroffen. Es gelang ihm, mit eigener Kraft in einen unserer Häfen zurückzukehren. Ein europäischer Jagdgast und neun Araber sind umgekommen.

Die Interniertenlager in England.

W. B. Berlin, 17. Mai. (Nicht amtlich.) Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel über die deutschen Interniertenlager in England von dem Konstanzer Verlagsbuchhändler Karl Girja, der vom Juli 1916 bis Anfang Februar 1918 in England in einem Interniertenlager zubrachte und nach seiner Rückkehr das englische Interniertenlager in Rubleben besuchte. Er schreibt u. a.: Ich weiß jetzt, daß die Lage der Engländer in Rubleben unergleichlich besser ist als die Lage unserer Zivilinternierten in England, und da macht auch das sogenannte privilegierte Lager in Wakefield, in dem etwa 1400 Deutsche, fast alle den wohlhabenden Kreisen angehörig, sich befinden, keine Ausnahme. Die Verhältnisse in den deutschen Interniertenlagern in England sind zurzeit höchst traurig. Seit Ende Februar vorigen Jahres wurden die Rationen mehr und mehr verkleinert und verringert. Niemals bekommen die Deutschen frisches Fleisch. Das Brot wird immer schlechter und ungenießbarer. Seit Monaten wurden überhaupt nur 140 Gramm Brot geliefert und dazu 110 Gramm Abfallbrocken von Schiffszwieback schlechtesten Qualität. Die Unglücklichen, die keine Pakete vom neutralen Ausland erhielten, hungerten. Im Weiskamp fehlte oft das nötige Wasser zum Waschen. Die Wohnungsverhältnisse waren in den Bretterbuden im Anfang ganz erbärmlich. Wenn Deutschland, so heißt es am Schluß des Artikels, für seine allmählich zu Grunde gehenden internierten Landeskiner etwas erreichen will, dann muß es alle Engländer ohne jede Ausnahme, vom 17. Lebensjahre an gerechnet, internieren. Ferner müssen die Protokolle aus Dänemark solange gestoppt werden, bis die Engländer die gleichen Pakete, also 6 Pfund pro Woche, ebenfalls den deutschen Internierten zukommen lassen. Seit ich dies geschrieben habe, sind mir von Freunden in Wakefield Briefe zugegangen, die mir beweisen, daß sich die Nahrungsmittelverhältnisse sich dort ganz bedeutend verkleinert haben. Pakete aus England dürfen überhaupt nicht mehr an die Internierten in Wakefield geschickt werden. Unsere Leute dort leiden die bitterste Not. Für Geld ist überhaupt nichts zu kaufen.

Seite 11.
Meldung der...
erhielt 10 Jahre...
5 Jahre...
Zahren Gefängnis...
von zu 2 Jahren...
gleichzeitiger Be...
auch wieder zur...
Freund...
tion...
chrift zu einer we...
Dassallia“) Sam...
Eiche“. Vollstähliges...
3502
Freunde“) Sonntag...
nach Sirsua. Führer...
3506
Hermann Kadel...
Karlsruhe, Quisen...
ung...
in diesem Jahr...
erplatz und im...
lich von 1/5 bis...
durch Kindergarten...
3409
Kung II...
Frauenvereins...
Schlußprüfung unter...
auer 1 Jahr. Auf...
führung als Kinder...
gärten, Sorten und...
falls mit Abschluß...
November. Dauer...
here Mädchenstule...
Donnerstags und...
3504
Frauenvereins...
ttfabrik...
tliche, zuverlässige...
hrer...
Drehtran, welche...
haben. 3481
Anlauf und Zeug...
ttfabrik...
nen...
keine Anstänge...
ritt für hier und...
3444
eitsamt...
vois...
Hüroangestellte...
fingerstr. 1001f...
Karlsruhe...
Berlin, Buchbinder...
Feldkirch, Bruna...
Kauf von Steinbada...
a Loehle von hier...
t, mit Anna Niene...
Diplom-Ingenieur...
idbäuer von hier...
hemann, 63 J. alt...
a Hüsterholz, 70 J...
Johannes Bedet...
3 Tage alt, 8. J...

Badischer Landtag.

Der Triumph des Zentrums.

Das badische Zentrum hat Grund zum Jubeln. Am Freitagabend ist das Gesetz über die Fortbildungsschule mit 41 Stimmen des Zentrums, der Nationalliberalen und Konservativen angenommen worden. Geschlossen stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen das Gesetz. Zu ihr gesellten sich noch 2 konservative Stimmen und die Stimme des Abg. Geß. Einen ganz eigenartigen Standpunkt nahmen die Fortschrittler unter der Führung Müllers ein; sie enthielten sich der Abstimmung.

Die Annahme des Gesetzes ist ein glatter Sieg des Zentrums und eine Beugung der Nationalliberalen vor liberalen Ansprüchen. Das Zentrum hat erreicht, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule auf dem Lande nur unbedeutend erweitert wird und daß der Religionsunterricht obligatorisch eingeführt wird. Daß die Städte schwere Bedenken gegen das Gesetz geltend machten, daß aus der Lehrerkräftemangel resultiert, das alles steht der Nationalliberalen und das Zentrum nicht an. Bald wird auch die Zeit reif sein, wo die Nationalliberalen noch „einsehen“ werden, daß der Religionsunterricht auch in den Gewerbeschulen und Handelsschulen „notwendig“ ist. Die Trennungslinie zwischen Nationalliberalen und Zentrum ist so verwickelt, daß ein Unterschied kaum mehr bemerkbar ist. Allmählich werden die Nationalliberalen merken, weshalb die Sozialdemokratie nicht mehr am Großblock beteiligt ist.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach recht wirksam der Genosse Strobel. Er forderte Berufsausbildung im Rahmen allgemein menschlicher Bildung. Seit 1874 ist der Charakter der Fortbildungsschule ein weltlicher, in ihrem Entwurf hat die Regierung nur vorgeschlagen, den Religionsunterricht fakultativ zu geben, aber am Ende des vierten Kriegsjahres, wo Ernst gemacht werden soll mit der verpöblichen Neuorientierung, da strecken die Nationalliberalen die Waffen und verleugnen den Geist ihrer großen Führer Kieffer und Fießer. Nicht der Staat hat den Religionsunterricht zu erteilen, ihn zu geben ist Pflicht der Kirche. Das Zentrum hat am wenigsten Grund, die religiöse Erziehung als den vornehmsten Faktor in der Lebensbildung zu preisen. Was hat die Religion dazu beigetragen, den Ausbruch des gegenwärtigen kapitalistischen Raub- und Eroberungskrieges zu verhindern? Gerichtet in der Kriegswirtschaft nicht der Geist des Buchers und der schamlosen Bereicherung.

Was das Gesetz nicht das bringt, was wir als Mindestforderung ansehen müssen, weil unsere Anträge, die zum Teil nur die Wiederherstellung der Regierungsvorlage verlangen, abgelehnt werden, lehnen wir das Gesetz ab. Wir tragen für unsere Haltung die Verantwortung vor dem Volk, und keinen Augenblick zweifeln wir, daß uns große Teile des Volkes verstehen und mit der Ablehnung des Gesetzes durch unsere Fraktion einverstanden sein werden.

Zweite Kammer. — 50. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 17. Mai.

Zu Beginn der heutigen, um 9 Uhr von dem Präsidenten Kopp eröffneten Sitzung, beantwortete Staatsminister v. Rodman die kurze Anfrage der Abg. Neumann (Nat.) und Gen. über die Vorgänge im Bahnhof Appenweier, wobei es sich um die bezugsweise Verpflegung englischer Offiziere und Mannschaften gegenüber deutsche Soldaten in der Bahnhofswirtschaft handelt. — Staatsminister v. Rodman betonte in seinen Ausführungen darüber, daß es sich keineswegs um wiederholte Vorgänge gehandelt habe, sondern nur um einen vereinzelten Fall. Die Militärbehörde habe erklärt, seit Kriegbeginn sei es noch nie vorgekommen, daß Offiziere und Mannschaften Gefangener wegen im Bahnhof Appenweier keinen Platz erhalten hätten. Der Staatsminister schilberte im folgenden die Einzelheiten des einen Falles und bemerkt, die badische Regierung wolle abwarten, welche Antwort die Reichsregierung auf die im Reichstag von dem Abg. Gugelmeier gestellte Anfrage geben werde.

Hiernach legte Finanzminister Dr. Rheinboldt einen Gesetzentwurf über Art. 3 Abs. 2 des Einkommenssteuergesetzes vor und den

Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

Dieser Nachtragsetat schließt mit einer Mehrausgabe von 17 773 425 M. ab. Zu dieser Mehrausgabe, die einen Festbetrag darstellt, ist der Festbetrag im Hauptvoranschlag mit 15 884 736 M. hinzuzuzählen, so daß sich ein Gesamtfestbetrag von 33 658 201 M. ergibt. Das ist ein Festbetrag von einer Höhe, wie er noch niemals in unserem Staatshaushalt vorgekommen ist. Die Finanzlage Badens tritt damit in einen ersten Stand und erfordert unsere ernsteste und peinlichste Aufmerksamkeit. Den Hauptteil der neuen Forderungen nimmt im Nachtragsetat die Kriegsfürsorge für die Beamten, Lehrer und Geistlichen ein. Hierfür sind für die beiden Jahre 1918 und 1919 insgesamt 18 205 050 M. notwendig. Hierzu kommen die schon bisher bewilligten 18 Millionen M., so daß wir für diese Zwecke 36 Millionen M. aufzuwenden haben. Im ferneren findet sich in dem Nachtrag eine Forderung des Kultusministeriums für die Fortbildungsschule mit 34 000 M. im ordentlichen und 150 000 M. im außerordentlichen Etat. Für die Schaffung einer weiteren Bundesratsstelle für Ueberwachungsamt findet sich eine Forderung von 13 500 M. und für die Beteiligung des badischen Staates an der Landbahn 300 000 M.

Bei diesem ungewöhnlich hohen Festbetrag dürfen wir an der Deckungsfrage nicht vorbeigehen. Aus den direkten Steuern können wir gegenüber den Voranschlagsätzen auf eine Mehreinnahme rechnen. Diesen Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer und wohl auch aus der Vermögenssteuer werden aber auch Mindereinnahmen gegenüberstehen. Immerhin ist mit einem Ueberschuß von 10 Millionen zu rechnen. Im ganzen wäre eine Deckung von 25 Millionen vorhanden. Für den Rest müssen neue Deckungsmittel geschaffen werden. Ich behalte mir noch nähere Mitteilungen darüber vor. Wir müssen zuerst den Ausgang der Steuerverhandlungen im Reichstag abwarten. Die neuen Reichssteuern rufen einen schweren empfindlichen Einbruch in das Steuergebiet der Bundesstaaten in ernsthafte Nähe. Wir werden zu einem weiteren Ausbau des Einkommenssteuergesetzes und zu einer Aenderung des Biersteuergesetzes kommen. — Der Nachtragsetat für die Eisenbahnen stellt sich etwas günstiger dar, weil sich eine Deckung für die Ausgaben ergibt. Der Etat der Bahnerhaltung schließt ab mit 15 418 000 M. in Ausgaben und 18 838 000 M. in Einnahmen, so daß sich ein Ueberschuß von 3 420 000 M. ergibt. Den wesentlichen Teil der Ausgaben stellen auch hier die Kriegsmassnahmen (Zerlegungszulagen) für Arbeiter und Beamten dar. Ein weiterer Teil der Ausgaben ist für Werfteneinrichtungen bestimmt.

Sodann wurde die

Vorbereitung des Fortbildungsschulgesetzes

fortgesetzt.

Abg. Strobel (Soz.):

In erster Zeit befaßten wir uns damit, einen Teil der Schäden, die der Krieg geschaffen hat, zu beheben. 3000 Lehrkräfte müssen Kriegsdienste tun, sie sind der Erziehung entzogen, auch die häusliche Erziehung ist ungenügend, der Vater ist im Krieg, die Mutter ist durch die Not der Zeit gezwungen, dem Erwerb nachzugehen, und so wird die Erziehung der Kinder vernachlässigt. Ungeheurer ist der dadurch entstehende Schaden; Gleichmut und Stumpfheit beherrschen weite Kreise des Volkes. In Zukunft müssen alle Kräfte angespannt werden, um den Egitenismus im Ringen der Völker zu bestehen. Der Staat wird ihn am besten bestehen, der sich die besten Staatsbürger zu erziehen versteht, der seine Jugend zu den besten tüchtigen und tätigen Bürgern heranzubildet.

Wir wollen an dem Stand des Fortbildungsschulgesetzes prüfen, ob das Gesetz unserer Zeit gerecht wird. In der Volksschule ist es noch nicht möglich, in dem Sinne dieser Erziehung zu Staatsbürgern zu arbeiten. Anders ist es dagegen bei den Schülern, die zur Fortbildungsschule verpflichtet sind. Hier muß der Unterricht so ausgestaltet werden, daß er das Interesse des Schülers weckt und hebt. Das kann erreicht werden, wenn der Unterrichtsstoff aus dem Gesichtskreis, aus dem Leben des Schülers genommen wird. Dies Ziel wird im Gesetz als ein schönes bezeichnet, wir erkennen es auch als solches an, aber es kann doch nur erreicht werden, wenn genügend Zeit zur Ausbildung vorhanden ist. Der Entwurf des Gesetzes bringt die Ausdehnung der Schulpflicht um 1 Jahr und die Erweiterung der Unterrichtszeit um 1 Stunde in der Woche. Der § 16 sieht 6 Unterrichtsstunden vor, wovon 1 Stunde dem Turnen, 1 Stunde der Religion und 4 Stunden den übrigen Fächern gewidmet sind.

Dies wird als Mindestmaß angesehen, das benötigt wird, um das Ziel zu erreichen, das sich die Fortbildungsschule gesetzt hat, 100 Jahrestunden sind vorgegeben, wovon 20 Turnen, 20 Religionsunterricht sein sollen. Was wird nun die Wirkung dieses Beschlusses sein? Von 1576 Schulen in Baden haben seit 1874 ganze 46 Schulen das Mindestmaß von 2 Stunden des bisherigen Gesetzes erhöht, alle anderen Gemeinden haben das Mindestmaß beibehalten. So wird es auch beim neuen Gesetz sein, einige wenige Gemeinden werden das Mindestmaß erhöhen, alle anderen werden es wie bisher beibehalten. Für die weltlichen Fächer werden die 2 Stunden auf 3 Stunden erhöht. Die Regierung hat selbst erklärt, daß 3 Stunden das Mindestmaß für die weltlichen Fächer seien. Die Kommission hat mit ihrer Abänderung also noch eine Verschlechterung geschaffen. Viele Städte haben heute schon mehr Stunden, als das Gesetz von 1874 vorsieht. Mannheim z. B. hat 6 Wochenstunden. Im Zukunft sollen 2 Stunden für Religion und Turnen genügt werden. Das bedeutet für die Städte, die heute 6 Stunden Unterrichtszeit eingeführt haben, eine Minderung, eine Schwächung, wodurch sich der Fortschritt der neuen Gesetzes bei Ausdehnung der Schulpflicht wieder aufhebt. Oder glaubt man etwa, daß die Städte sofort dazu übergehen werden, den Unterricht noch weiter auszuweiten? Es ist gestern erklärt worden, daß es auf dem Lande schwer sei, der Bevölkerung das Gesetz mündig zu machen. Aber in der Stadt ist es auch so, das Handwerk und Gewerbe wird sich auch dagegen wehren, daß die jungen Leute noch mehr der Arbeit entzogen werden. Der ganze Fortschritt ist also nur ein Scheinbarer, auf dem Papier stehend. Wir können also sagen, daß das Gesetz nicht dem entspricht, was wir erwarten, es bringt keinen großen Fortschritt und dieser Fortschritt kann auch im Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes erzielt werden. Was man für die Gewerbe- und Handelsschulen für nötig hält, das muß auch für die Fortbildungsschule für nötig gehalten werden.

Wir haben seit 1874 die Weltlichkeit der Fortbildungsschule. Die Nationalliberalen haben ihre veränderte Haltung gegenüber der Einführung des Religionsunterrichts damit begründet, die Fortbildungsschule sei eine Fortsetzung der Volksschule. Was hat sich denn nun aber seit 1874 geändert? Wir verstehen die annehme Halterung der Nationalliberalen nicht, es ist ihre Haltung eine Preisgabe der Haltung ihrer Väter. Wir verlangen nichts Neues, unsere Forderung ist eine alte sozialdemokratische. Die religiöse Unterweisung ist nicht Aufgabe des Staates, sondern der Kirche. Wir verlangen die Geschäftsfreiheit in allen Fragen. Der Regierungsentwurf stellt sich auf unserm Boden. Die Mehrheit der Kommission entschied sich für Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts. Das ist eine Durchbrechung des einheitlichen Charakters unserer Schule. Die Einheitlichkeit des Schulwesens darf nicht um religiöse oder konfessionelle Verchiedenheiten willen durchbrochen werden. Es gibt auch im Krieg keine katholischen, protestantischen, freireligiöse oder jüdische Bataillone. Wenn man den gemeinsamen Geist, der so Großes vollbracht hat, draußen und dahinter anerkennt, dann darf man auch nichts tun, was diesen Geist durchbricht. Warum will man denn den Zwang ausüben? Es ist Sache der einzelnen Religionsgemeinschaften, nicht aber der öffentlichen Schulen, die von Kindern aller Konfessionen besucht werden, für den Religionsunterricht ihrer Angehörigen zu sorgen. Das wird auch von der gesetzgeberischen Seite ausgesprochen, so sagt Prof. Dr. Zschisch: Die Kirchen werden gefunden und lebendiger werden, wenn sie sich nicht mehr vor allem mit Hilfe des Staates, sondern durch eigene innere Kraft behaupten. Das ist es, was wir auch wollen; auch wir sagen, die Kirche soll sich selbst behaupten, soll ihre Aufgaben allein lösen. Macht sich die Kirche frei, dann wird sie sehen, daß sie auch das Vertrauen weiter Kreise, das jetzt verloren gegangen ist, wieder zurückgewinnen wird.

Nun hat der Abg. Dr. Schöfer einen Widerspruch festzustellen versucht zwischen unserer heutigen Haltung und jener bei dem Volksschulgesetz von 1910. Dieser Widerspruch ist aber nicht vorhanden, was man aus dem Landtagsprotokoll, aus den damaligen Ausführungen des Abg. Geß entnehmen kann. Auch ein Flugblatt des Zentrums aus dem Landtagswahlkampf von 1913 zeigt, daß unsere Haltung damals unserer heutigen Haltung entspricht.

Gegen die Einführung des Religionsunterrichts sprechen diese Einwände. So hat der Abg. Bödel im Jahre 1912 gesagt, daß die Durchführung des Religionsunterrichts schwer sei, es fehle die Zeit, die jungen Leute sollten in die Christenlehre

Tarab Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

„Meine Söhne, meine lieben Söhne! Was wird aus euch werden? Was erwartet euch?“ sagte sie und die Tränen fließen in den Runzeln hängen, die ihr einmahl so schönes Gesicht gänzlich verändert hatten. Wirklich, sie war zu bedauern, wie jede Frau in dieser kampfslustigen Zeit. Nur einen Augenblick hatte sie die Liebe, die ersten hitzigen Triebe der Leidenschaft, die erste stürmische Glut der Jugend kennen gelernt und schon hatte ihr rauher Geliebter sie verlassen, um sie gegen den Säbel, die Kameraden und Begegnung einzutauschen. Gewöhnlich sah sie ihren Mann zwei, drei Tage im Jahr; es kam aber auch vor, daß sie jahrelang nichts von ihm hörte. Aber selbst wenn sie ihn dann sah, wenn sie zusammen lebten — was war das für ein Leben! Sie mußte jede Beleidigung über sich ergehen lassen, sie erhielt sogar Schläge und die Liebeslingen, die ihr zuteil wurden, warf man ihr nur wie aus Gnade hin. Sie war ein seltsames Wesen, mitten in diesem Kreise unbewehrter Krieger, denen das unbändige Saporoger Leben seinen rauhen Charakter mitgeteilt hatte. Ihre an Blick und Gemüthen arme Jugend war dahingefahren; ihre wunderbaren Wangen und Brüste waren unbedeckt verblüht und hatten sich vorzeitig mit Runzeln bedeckt. Alle Liebe, alle Gefühle, alles was eine Frau an Freiheit und Leidenschaft in sich birgt, hatte sich bei ihr ausschließlich in mütterliches Empfinden verwandelt. Voller Mut und Leidenschaft, und mit Tränen in den Augen hing sie nachdenklich wie eine Steppenwölfe an ihren Kindern. Ihre Söhne, ihre lieben Söhne sollten ihr genommen werden — und sie würde sie niemals wieder sehen! Aber reich, vielleicht würden die Soldaten ihnen schon in der ersten Schlacht die Köpfe abhacken und sie würde nie erfahren, wo ihre Lieber hingekommen seien, die unbeachtet am Meeresufer und die vielleicht ein vorbeifliegender Raubvogel zerhackte. Wie gern hätte sie für jeden Tropfen ihres Blutes

ihr ganzes Leben hingegeben! Weinend schaute sie ihnen in die Augen, die der allmächtige Schlaf schon zu schließen begann: „Vielleicht“, sprach sie leise vor sich hin, „vielleicht wird Bulba, wenn er erwacht, die Reize doch noch auf zwei Tage verschoben, vielleicht wollte er nur deshalb so früh aufbrechen, weil er zu viel getrunken hat.“

Der Mond beleuchtete schon längst den Hof, der voller Schläfer lag, und blickte auf das Weibengestrüpp und all das hohe Steppengras, das den Hof gleichsam umgänzte. Sie aber sah immer noch zu Häupten ihrer geliebten Söhne, blickte nicht einen Augenblick von ihnen weg und dachte nicht an Schlaf. Die Pferde, die bereits die Morgendämmerung witterten, lagen im Gras und straken bald nicht mehr; die Wipfel der Weiden zitterten und ein leises Flüstern allit wie ein Strom bis zu ihren Wurzeln herab. Sie sah da, bis es hell wurde, verpürte nicht die leiseste Müdigkeit und wärmte insgeheim, daß die Nacht recht lange dauern möchte. Von der Steppe her hörte man das leise Wiehern der Füllen, und am Himmel leuchtete der erste Streifen der Morgenröte auf.

Pflichtlich erwachte Bulba und sprang empor. Er erinnerte sich an alle Anordnungen, die er gestern getroffen hatte. Gallo, ihr Burich, jetzt ist es vorbei mit dem Schlafen! Es ist Zeit, höchste Zeit. Tränkt die Gänse! Und wo ist die Alte? (So nannte er gewöhnlich seine Frau.) Schnell, schnell, Alte, mach das Essen bereit: wir haben einen langen Weg vor uns.“

Die arme Alte ging traurig und ihrer letzten Hoffnung beraubt, ins Haus. Während sie tränken Augen alles vorbereitete, was zum Frühstück erforderlich war, erteilte Bulba seine Befehle, machte sich im Stall zu schaffen und suchte selbst den kostbarsten Schmuck für seine Söhne aus.

Die Seminaristen schienen plötzlich wie umgewandelt. Statt der alten schmutzigen Stiefel hatten sie nun welche aus rotem Samtleder mit silbernen Beschlägen; die Beinkleider, die so weit waren, wie das schwarze Meer, schlugen lauschend auf und wurden durch einen goldenen Gürtel zusammengehalten, an dem lange schmale Riemen mit Troddeln und anderem Zierrat für die Tabakspfeife angebracht waren. Ihre

feuerroten Koffakentücher schmürten bunt gestricke Gürtel ein, in denen schön zitierte türkische Pistolen saßen und ihre Hüfte umfirkte ein mächtiger Säbel. Ihre nur wenig gebräunten Gesichtszüge schienen noch schöner und weicher geworden zu sein und ihre junglinghaften schwarzen Schnurrbärte ließen die helle Farbe und die gesunde kraftvolle Miene ihrer Jugend noch stärker hervortreten. Mit ihnen in eine goldene Spitze auslaufenden Schaffellmägen saßen sie tatsächlich wunderschön aus. Die arme Mutter! Als sie sie erblickte, vermochte sie kein Wort hervorzubringen, und die Tränen fließen ihr in den Augen stecken.

„Nun Jungens, es ist alles fertig. Jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren!“ sagte Bulba endlich. „Doch wir wollen uns vor der Abreise noch christlichem Brauch erst noch einmal niederlegen.“

Alle ließen sich nieder, selbst die Knechte, die bisher eckerbietig an der Tür gestanden hatten. „So, jetzt legne deine Kinder, Mutter“, sagte Bulba, „hebt zu Gott, daß sie macker kämpfen, stets die Ritterschre hochhalten und den christlichen Glauben beibehalten mögen — sonst sollen sie lieber zugrunde gehen und ihre Spur mag vom Erdboden gestilgt werden! Kinder, geht zu eurer Mutter hin, das mütterliche Gebet schützt einen zu Wasser wie zu Lande!“

Die Mutter umarmte sie, schwach wie jede Mutter, zog zwei kleine Heiligenbildchen hervor und legte sie ihnen schluchzend um den Hals. „Die heilige Jungfrau möge euch beschirmen. . . Vergelt eure Mutter nicht, Kinder. . . laßt uns ab und zu eine Nachricht aufkommen. . .“ Mehr vermochte sie nicht zu sagen.

„Nun kommt, Jungens“, sagte Bulba. Die gesattelten Pferde standen vor der Tür. Bulba schwang sich auf seinen Reusel, der sich während aufbäumte, wie wenn er eine Last von zwanzig Rentnern auf sich läßt. — Tarab war nämlich außerordentlich schmerz und umfangreich.

(Fortsetzung folgt.)

Die Generalsynode hat ihren Entschluß gefaßt ohne die Geistlichen zu befragen. Auch die Lehrerschaft ist in ihrer Mehrheit gegen den obligatorischen Religionsunterricht, ebenso die Handwerker und Gewerbetreibenden.

Es wird nun auf die hohe Bedeutung der Religion als Erziehungsfaktor hingewiesen. Wenn das der Fall wäre, daß das wirklich ein so großer Erziehungsfaktor ist, so hätte das die Regierung in Entwürfen schon anerkennen müssen. Sie weiß aber in ihrem Entwurf auf die großen Schwierigkeiten hin, die entgegenstehen würden, wenn der Religionsunterricht nicht obligatorisch eingeführt würde. Aber die Regierung hätte ihre Aufgabe nicht erfüllt, wenn sie diese Schwierigkeiten nicht hätte überwinden können, wenn die Religion der Erziehungsfaktor ist, als der er nun hier hingestellt wird. Wir geben zu, daß die Religion wohl ein Erziehungsfaktor sein kann, aber nicht der ausschließliche. Würde das der Fall sein, dann hätte dieser Krieg, in dem wir jetzt leben, nicht ausbrechen können, dieser Krieg entspringt fast ausschließlich aus religiösen Kausalitäten. Wäre die Religion dieser bedeutende Erziehungsfaktor, dann hätten die Völker sich gegen diesen Krieg gewehrt und hätten sich auf den Boden der Weisheitslehre gestellt: Friede den Menschen auf Erden. (Lebhafteste Zwischenrufe des Zentrums.) Betrachten wir unsere Kriegswirtschaft. Sehen wir da, daß der Grundfals, liebe deinen Nächsten wie dich selbst, zur Durchführung gelangt ist? Da muß ja auch der Volksehrgeiz zur Hilfe herangezogen werden.

Wenn man der Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule die Zustimmung erteilt, dann muß man auch die Zustimmung dieser Einführung bei den anderen Fortbildungsschulen verlangen. Der nationalliberale Standpunkt hat sich ja nun geändert, es wurde nun von dieser Seite erklärt, daß man nicht prinzipiell dagegen sei, daß auch in Gewerbe- und Handelsschulen der Religionsunterricht obligatorisch eingeführt werde, es sei aber eine Vermehrung der Unterrichtsstunden nötig.

Das Gesetz bringt nicht das, was wir an demselben als Mindestmaß verlangen. Wir haben eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt. Wir verlangen den Beizug der Frauen in den Ortschulbehörden in größerem Ausmaß als es der Entwurf vorsieht. Weiter verlangen wir die Ausdehnung der Schulpflicht für Mädchen ebenfalls auf 3 Jahre. Bezüglich des Religionsunterrichts verlangen wir Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die Entschädigung für Ueberstunden bitten wir auf 80 Mark zu erhöhen. Und endlich verlangen wir die Leistung von Zuschüssen an die Städteordnungsstellen nach Maßgabe der für die Staatsbeihilfe zu den Gewerbe- und Handelsschulen geltenden Bestimmungen. Werden unsere Forderungen in ihren wesentlichen Teilen nicht erfüllt — sie verlangen nichts Außerordentliches, sondern teils nur Wiederherstellung der Regierungsvorlage —, dann stimmt meine Fraktion gegen das Gesetz. Für ein Gesetz, das schon den Todeskeim in sich trägt, können wir nicht stimmen. Die Verantwortung trifft diejenigen, die die Vorlage der Regierung verabschiedet haben. Wir verlangen auch freie Betätigung der Lehrerschaft und Geistlichkeit in der Jugendberziehung, es sollen hier keine Schwierigkeiten gemacht werden. Abg. Rohrbach hat gemeint, wir hätten den Standpunkt des Kollegen Kolb verlassen. Kolb hat aber einmal gesagt: Wenn es schon so steht, daß das Zentrum die Nationalliberalen als bindungslos in Aufsicht erklärt, dann ist der Großblock heute schon erledigt; er hat die Haltung der Nationalliberalen als bedenklich bezeichnet. Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her, dann sind wir einig. Meist es aber bei den Kommissionsbeschlüssen, dann wird die Sozialdemokratie sofort den Kampf aufnehmen, um eine fortschrittliche, freie Weiterbildung, sie ist sich dabei der Unterstützung der Volkspartei gewiß. Nur das Beste darf uns gut genug sein. Will es doch der Jugend, der Zukunft einer vor großen Aufgaben stehenden Nation. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Muser (F. D.) begrüßt den Gesetzentwurf, der von liberalem Geiste getragen sei. Der Entwurf, wie er uns von der Regierung zukam, barg immerhin wertvolle Fortschritte, als er aber aus dem Ausschuß ins Licht der Öffentlichkeit trat, wurde er nicht mehr befriedigend. Wir haben folgenden Antrag eingebracht: Hinter § 13 als weiteren Paragraphen einzuschalten: Zur Teilnahme am Religionsunterricht, welcher der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Minderjähriger gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden. Man wird nicht sagen können, daß dieser Antrag etwas religionsfeindliches hat. Die Kinder sollten

in unseren Schulen auch auf die Kunstwerke hingewiesen werden. Die Kinder müssen ferner in der Schule lernen, daß die religiösen Anschauungen der verschiedenen Zeiten keine phantastischen Gebilde einzelner sind, sondern daß es Stufen in der Entwicklung des Geistes sind. Derart kann in dem Kind das Gefühl der Pietät geweckt werden. Die Jugend ist so zu erziehen, daß sie sich schämt, über kirchliche oder religiöse Dinge zu spotten, wie dies leider vielfach geschieht. Die Regierung möchte ich fragen, wie sie sich zu den Freireligiösen stellt? Eine weitere sehr wichtige Frage ist der Zwang zum Religionsunterricht in der Fortbildungsschule. Wir betonen den Standpunkt, daß wir dem Staat nicht zubilligen können, über unsere ganze Persönlichkeit und über unser ganzes Leben so weitgehende Kompetenzen zu haben, so sehr wie auch unsere Gewissensfreiheit eingeschränkt werden, wo es im Staatsinteresse liegt. Das Recht der Eltern sollen wir nicht antastet, ihnen muß Freiheit des Handelns bleiben, ihr Kind in der Religion erziehen zu sehen, die ihnen nahe liegt. Schon früher hat es einmal ein badiischer Kultusminister abgelehnt, einen Zwang zum Besuch der Christenlehre für die Fortbildungsschüler einzuführen. Unsere Stellung zu dem ganzen Gesetz ist uns außerordentlich schwer gemacht worden im Hinblick auf den Gewissenszwang von dem ich eben gesprochen habe. Immerhin hat das neue Gesetz so große Vorteile, die es uns unmöglich machen, gegen das Gesetz zu stimmen. Unsere Gewissensbedenken können wir dabei nicht unterdrücken, die wir empfinden, weil durch das Gesetz ein Gewissenszwang ausgedrückt wird. Wir werden deshalb uns der Zustimmung enthalten.

Abg. Schuppel (N. Bgg.) erklärt, daß seine Freunde dem Gesetzentwurf zustimmen werden und in den Fachschulen sollte man den Religionsunterricht einführen.

Minister Dr. Hübsch dankt dem Berichterstatter für seine eingehende Darstellung des Gesetzentwurfs. Auch die Regierung konnte sich nicht verhehlen, daß das Gesetz Opfer verlangt. Es war ein Gebot der Stunde, der Jugend die geistigen und sittlichen Kräfte zu geben, die für den verstärkten Wirtschaftskampf notwendig sind, deshalb wurde das Gesetz jetzt eingebracht. Das Turnen soll in der Fortbildungsschule nicht in engbegrenztem Sinn (nur an Geräten) gehandhabt werden. Der § 17 soll nur in ganz ausnahmeweisen Fällen zur Anwendung kommen und im allgemeinen soll überall der normale Unterricht durchgeführt werden. Der Religionsunterricht ist in der Schule und nicht in der Kirche zu erteilen. In die Christenlehre wollen wir die Schüler nicht zwingen, denn hier handelt es sich um eine gottesdienstliche Handlung. Die Resolution des Schulausschusses, daß den Lehrlingen durch den Besuch der Fortbildungsschule keine Lohnausfälle entstehen, möge in den beteiligten Kreisen Beachtung finden. Auf gesellschaftlichem Wege ist hier keine Abhilfe zu erreichen, höchstens auf reichsgesetzlichem Wege. Die Mehrheit unseres Volkes steht auf dem Boden der konfessionellen Schule. Und dieser Tatsache Rechnung zu tragen ist Pflicht der Unterrichtsverwaltung und daraus ergibt sich die Einführung des Religionsunterrichts. Bei den Fachschulen liegen die Verhältnisse ganz anders. Die Regierung hat hierzu eine einseitige Stellung noch nicht genommen. Gegen die Beteiligung der Lehrer an den Fortbildungen der Jugendvereine steht nichts entgegen, vorausgesetzt, daß der betreffende Verein lediglich Zwecke der Jugendpflege verfolgt und politischen Zielen fernsteht. Wir hoffen, daß nach Wirken des neuen Gesetzes die Bedenken unserer Landbevölkerung und die Meinungen der Sozialdemokratie schwinden werden. (Beifall beim Zentrum und den Nationalliberalen.)

Abg. Wiedemann (Zentr.) führt aus, an dem alten Fortbildungsgesetz habe man keine Freude erlebt. Der hauptsächlichste Mangel sei das Ideal der Schule. Das jetzige Gesetz kann nicht mehr genügen. Man solle ein Gesetz für die Knaben und eines für die Mädchen herausgeben. Im folgenden befragt der Redner Fragen der Ausbildung der Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen.

Abg. Fischer (N. Bgg.) bemerkt, seine Fraktion sei sich in der vorliegenden Frage nicht ganz einig. Redner findet den jetzigen Zeitpunkt nicht geeignet, unserem Volke noch mehr Lasten aufzuerlegen. Die Mittel, die jetzt der erweiterten Fortbildungsschule zugewendet werden, könnten besser den Fachschulen zuzuführen und ermöglichen dann manchem Unbemittelten den Besuch in den Gewerbe- und Handelsschulen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) wird um 1 Uhr die Beratung abgebrochen und die Weiterberatung über den Gesetzentwurf auf nachm. 3 Uhr vertagt.

Zweite Kammer. — 51. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 17. Mai 1918.

Die Nachmittags-Sitzung wurde punkt 3 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffnet und sofort die Beratung des Fortbildungsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Kahn (Soz.):

äußerte sich zu den technischen Einzelheiten des Gesetzentwurfes. Er kenne selbst die alte Fortbildungsschule und müsse sagen, daß sie ihm recht langweilig vorkam, weil sie nur eine Wiederholung der Volksschule gewesen sei. Da bringe der neue Entwurf doch eine Verbesserung. Zu behaupten sei aber, daß für Stadt und Land nicht ein gleiches Maß eingehalten werden sei. Zu begrüßen sei es, daß der Unterricht vom Sonntag auf einen Werktag verlegt werde. An das Lehrpersonal der neuen Fortbildungsschule wurden bedeutende Anforderungen gestellt. Die Vergütung von 70 Mk. für die Ueberstunden entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen, 80 Mk. wäre wohl angebracht. Unsere Bedenken gegen das Gesetz bleiben bestehen und wir können deshalb nicht dafür stimmen.

Abg. Geel (Unabh. Soz.) führt aus, den 14-jährigen Fortbildungsschülern müsse man es selbst überlassen, über ihr religiöses Bekenntnis zu entscheiden. Das sehe voraus, daß der konfessionelle Unterricht nicht einseitig erteilt werde. Gegenüber der Meinung, welche Abg. Rohrbach mit dem Worte Kolb vom Gewissen ausgesprochen habe, vertritt Redner den Standpunkt, daß der Politiker sich nicht von Stimmungen, nicht vom Gewissen leiten lassen dürfe; er müsse vielmehr dem Programm folgen. Der Religionsunterricht in dem neuen Gesetz ist auch ein Ausnahmeparagraph.

Abg. Hädel (Zentr.) befaßt sich eingehend mit dem Religionsunterricht, den man nicht nur im Interesse der Schüler und Schülerinnen, sondern auch im Interesse des Staates verlangen müsse. Neben der Körperpflege muß die Seelenpflege stehen. Wir verlangen den Religionsunterricht auch im Interesse der Eltern, im Interesse der Schulen, die Erziehungsanstalten sein müssen. Die sozialdemokratische Fraktion hätte für das Gesetz gestimmt, wenn es den Gemeinden überlassen geblieben wäre, über die Einführung des Religionsunterrichts selbst zu bestimmen. Damit würde in den Fortbildungsschulen gerade derjenige Gemeinde kein Religionsunterricht gegeben, die ihn am allerwenigsten hätten.

Abg. Rebmann (natl.) führt aus, man mache immer der Schule den Vorwurf, es werde zu viel gelehrt und das molum non multa ist auch hier wieder gehört worden. Was will man denn aus der Volksschule entfernen? Der Umfang unseres Kulturlebens ist derart gewachsen, daß der Mod, in den unser Schulunterricht gelehrt worden ist, zu eng wurde. Deshalb weg mit der Halbtagschule und hin zur Ganztagschule. Bei den Hauswirtschaftslehre droht die Ueberbesetzung nicht erst, sie ist schon da. Die Städte haben große Leistungen gebracht und wenn ein Ausgleich stattfindet, darf man nicht Zug um Zug Rechte der Städte abbauen. Hinsichtlich der Schulpflicht hätte man Knaben und Mädchen paritätisch behandeln sollen. Ueber die obligatorische Einführung des Religionsunterrichts herrschen in unserer Fraktion Bedenken. Die sittlichen Gefahren sind gewachsen und sie bedrohen unmittelbar den Bestand unseres Volkes. Die Kräftigung der sittlichen Kraft ist deshalb nötig und ein Mittel — nicht das Mittel ist eben die Religion. Unsere Zustimmung wird uns erleichtert durch die Zusage, wie der Religionsunterricht gegeben werden soll. Ihn in die Gewerbe- und Handelsschulen einzuführen, geht heute nicht an; sie erfordert eine volle Umgestaltung. Es ist ein Wort des verstorbenen Kollegen Kolb zitiert worden. Er hat in der Tat nach seinem Gewissen gehandelt und das vertreten über das Parteiprogramm hinaus. Das war die große Tat der beiden Männer, die aus den Reihen der Sozialdemokratie geschieden sind. Ich erkenne an, daß die sozialdemokratische Partei mitgearbeitet hat und das neue Gesetz sollte für sie das Sprungbrett sein für künftige Fortschritte.

Abg. Böttger (Soz.):

Der uns von dem Abg. Hädel gemachte Vorwurf, die Sozialdemokratie sei religionsfeindlich, trifft nicht zu. Damit greifen Sie vielen meiner Parteifreunde ans Herz. Daß der Krieg in Bezug auf Religion mandem die Augen geöffnet hat, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. Die finanzielle Mehrbelastung der Städte ist so bedeutend, daß die Forderungen der Städte, der Staat möge ein Teil dieser Lasten abnehmen, nicht von der Hand zu weisen ist.

Aus aller Welt.

Dampfwalze und Leichenwagen zum Hamstern. Die Erfindungsgabe der Lebensmittelkammer, um den überwachenden Wesen ein Schnippen zu schlagen, scheint unerschöpflich zu sein. Nach dem Kinderwagen mit dem Wickelkind, das sich als ziemlich ausgemessener Schinken entpuppte, hat man auch andere Mittel in den Dienst des Hamsterns gestellt. So wird folgendes Stückchen aus Hamm i. B. gemeldet. Eine größere Güterverwaltung wollte unter der Hand von einer benachbarten Jede ein Quantum Ammoniak beziehen. Als Gegenleistung sollte die Jede ein bestimmtes Quantum Erbsen erhalten. Um der scharfen Ueberwachung auf den Landstrassen zu entgehen, wählte man für die Erbsen als Transportmittel eine — Dampfwalze. Über eine Gendarmenpostrouille ließ sich auch durch diesen Trick nicht täuschen. Sie entdeckte unter dem Kohlenvorrat der Dampfwalze 8 Zentner Erbsen, die natürlich der Beschlagnahme verfielen. Glücklich waren zwei Gemütsmenschen aus Augsburg, die es fertig brachten, einen Leichenwagen zu Hamstern zu verwenden zu misbrauchen. Mit dem Leichenwagen wurde ein in Augsburg verstorbenen Soldat nach einem vier Kilometer entfernten Ort überführt. Auf dem Heimweg haben nun die beiden Vertreter des Leichentransportes die am Wege liegenden Dörfer geräuschlos abgelassen. Alles, was sie hamstern konnten, verstaute sie in dem Leichenwagen. Den begehrenden Gendarmen kam gar nicht der Gedanke, daß der langsam dahinfahrende Leichenwagen Lebensmittel bergen könnte. So kamen die beiden Hamstereigentümer mit dem vollgeladenen Wagen nach Augsburg zurück.

Wie man Schleichhändler fängt. Die Schleichhändler und Kriegswucherer, die durch Ueberbereicherung der Höchstpreise gewaltige Verdienste erzielen, sind jüngst in Stockholm bös herein gefallen. In einem der verbreitetsten Morgenblätter erschien ein paar Tage lang eine Anzeige, daß jemand zur Verfertigung eines Schiffes Lebensmittel und andere Waren kaufen wolle, die in einem näher bezeichneten Geschäftszimmer angeboten werden sollten. Darauf stellten sich zahlreiche Schleichhändler ein, die Lebensmittel oder andere Waren, die im freien Handel nicht zu bekommen sind, aufgespeichert hatten und sie nun vorteilhaft loszuschießen gedachten. In dem Büro fanden die Schleichhändler

ein paar Damen; die eine nahm zunächst die Ware in Empfang, stellte die Art, die Menge usw. fest, rief dann einer zweiten Damen einige Worte zu, diese fing an, in Listen zu blättern und zu rechnen, und nach einiger Zeit machte sie dem Schleichhändler ein Angebot. Dieses Kaufangebot war aber nichts anderes als genau der Preis, den die Bestimmungen über Höchstpreise im äußersten Fall zuließen. Der Schleichhändler verlangte daraufhin meist seine Ware zurück; die erste Dame bedeutete ihm dann, wenn er sie nicht im Höchstpreis verkaufen wolle, sei sie (zu ihrem lebhaften Bedauern natürlich!) gezwungen, Anzeige zu erstatten. In vielen Fällen ließen sich die Schleichhändler durch diese Drohung einschüchtern und gaben ihre Kostbarkeiten zum Höchstpreis her. Andere gingen entzückt mit ihrer Ware weg, mußten dann aber erkennen, daß dieses Verfahren noch ungünstiger war. So war ein junger Mann mit 20 Kilogramm Erbsen erschienen, die er zum Preis von vier Kronen für das Kilo anbot. Als man ihm nur den Höchstpreis bezahlen wollte, nahm er seine Erbsen und wollte damit nach Haus, kam aber mit seiner Last nicht weit, denn eine der Damen folgte ihm, wandte sich an den nächsten Schutzmann und ließ ihn anhalten. Das Endergebnis war, daß die Erbsen nun durch die Polizeibehörde beschlagnahmt wurden. So ist es vielen kleinen Schleichhändlern ergangen, mittlerweile aber werden die geschäftstüchtigen Damen den Betrieb wohl haben einstellen müssen, weil ihr finanzreiches Geschäftsverfahren in der Presse bekannt und seine Anwendung dadurch für die Zukunft unmöglich gemacht worden ist.

Diebe in einer Redaktion. In einer Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel ist in einer der letzten Nächte eingebrochen worden. In dem Blatt wird der Einbruch in folgender faktischer Weise behandelt: Verückte bei der Arbeit. Das Un glaublichste ist geschehen. Es hat sich in Kiel unter den Leuten, die den Respekt vor fremdem Eigentum verloren haben und deshalb ohne Erlaubnis und meistens auch ohne Schlüssel in fremde Wohnungen und Räume hineingehen, um sich dort zu bereichern, ein besonderer Narr gefunden. Dieser gute dämlische Seele hat sich eingebildet, daß sie einmal mit gutem Erfolg einen Raubzug in den Räumen der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vornehmen könne. Nun ist an und für sich in der Redaktion eines Arbeiterblattes mit der eig-

richtigen Arbeit kaum etwas anderes zu holen als Gefängnisstrafe, welche die liebliche Fürsorge des Staatsanwalts vermittelt. Nebenfalls sind Redakteure nicht gewohnt, in Redaktionsräumen zu hamstern. Sie sind herzlich zufrieden, wenn sie ihr kümmerliches Frühstücksbrot ohne Butter bei einer Tasse mühsigen Kaffees heruntergeschluckt haben. Schätze sammelt der Redakteur eines Arbeiterblattes auch nicht. Im Gegenteil bestehen bedeutliche Gerüchte darüber, daß die Gehälter dieser Art Menschenfinder zugeteilt zu den schlechtesten unter den Arbeitern und Festbesoldeten in der Stadt gehören. Wer sich nun die Mühe macht, bei Nacht und Nebel in die Räume dieser Redakteure einzudringen, von Raum zu Raum zu gehen, alle Schubfächer zu öffnen, um dann schließlich, wenn er nichts als ein paar leere Zigarettenpackungen gefunden hat, wütend das Arbeitsmaterial des einen Redakteurs auf die Erde zu feuern, den halten wir für den komplettesten Narren, den es in Kiel geben kann. Dieser Narr hat sich erstaunlicherweise wirklich gefunden. Als heute morgen die Redakteure der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ an die Arbeit gingen, fanden sie die Spuren des kümmerlichen Eindringers recht deutlich in den verschiedenen Redaktionszimmern. Unhöflich ist der Kerl auch gewesen, denn er hatte verschiedene Schubfächer, die von ihm aufgerissen waren, nicht wieder geschlossen und das Schloß einer Tür hat er mit seiner Stimmzettel verborgen. Sollte er Neugier haben, noch einmal wiederzukommen, so werden die Redakteure ein wenig unter sich sammeln, damit er wenigstens ein Trinkgeld von fünf Groschen für die schwere Arbeit, der er sich nutzlos unternimmt, erhält.

Aus der Gefangenschaft zurückgeführt — ermordet. Aus Czestochau (früher Russisch-Polen) wird gemeldet: Ein russischer Rezerwit kehrte aus der Gefangenschaft in seine Heimat, das nahe Kampt, zurück. Nach Begrüßung seiner Mutter begab er sich nach seiner Behausung und blieb von da an verschollen. Nach längerem Suchen fand man seine Leiche in einer Grube und in seinen Taschen noch Gold und mehrere Tausend Mark in Papiergeld. Die Mörder, seine eigene Ehefrau und deren Geliebter, hatten der Leiche das Geld zugesteckt, um einen Raubmord vorzutäuschen.

Die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei wird draußen im Lande zweifellos nicht verstanden werden. Unsere Haltung entspricht keineswegs agitatorischen Motiven.

Abg. Muser (F. V.): Die zahlreichen Fälle sittlicher Kraft im Kriege sind nicht aus der Kriegszeit selbst hervorgegangen, sondern sind nur deutlicher zutage getreten; sie sind die Früchte der Erziehungsarbeit im Frieden. Daß der Standpunkt dieser oder jener Fraktion im Volke nicht verstanden wird, ist klar. Aber danach haben wir nicht zu fragen, sondern einzig nach unserem Gewissen.

Abg. Hertle (F. Vgg.) erklärt, daß er und sein Fraktionskollege Fischer gegen das Gesetz stimmen werde.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Strobel (Soz.) teilt Minister Dr. Hübsch mit, daß auch die evangelische Geistlichkeit die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts gewünscht habe. Bedenken hatte sie nur, ob sie mit ihren Geistlichen allein in der Lage sei, den obligatorischen Unterricht durchzuführen zu können.

Damit ist die allgemeine Beratung geschlossen. Berichterstatter Abg. Rohrhurst (NatL) erhält das Schlusswort, in dem er nochmals die Fortschritte, die das neue Gesetz bringt, darlegt. Die Gewissensbedenken, die Abg. Muser vorgetragen hat, können ja nicht allein für den Religionsunterricht, sie könnten z. B. auch für den Geschichtsunterricht gelten. Diesen Bedenken Rechnung tragen, hiesse die Schule auflösen. Zwang muß sein zu allererst in der Schule.

In der Einzelberatung wird u. a. der erste Satz des § 13 (über den Religionsunterricht): „hinichtlich der Verpflichtung zum Besuch des Religionsunterrichts gilt für die Fortbildungsschulpflichtigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, die Vorschrift in § 36 Abs. 4 des Schulgesetzes“ gegen die Stimmen des Fortnuns angenommen. Der Antrag Muser (F. V.) und Gen.: Hinter § 13 als weiteren Paragraphen einzuschalten: „Zur Teilnahme am Religionsunterricht, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Knabe oder Mädchen gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt. Der Antrag, für Ueberstunden statt 70 Mk. 80 Mk. als Mindestmaß zu setzen, findet einstimmige Annahme. Ein Antrag der Sozialdemokraten betr. Uebernahme eines Teils der Lasten auch bei den Städten auf die Staatskasse wird abgelehnt.

Hierauf wird über den gesamten Gesetzentwurf in der Fassung des Schulausschusses (mit Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts) abgestimmt. Der Gesetzentwurf wird in dieser Fassung mit 41 gegen 13 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und vier Mitglieder der Reichstagesmehrheit.

Die Entschließung des Schulausschusses, wonach den Fortbildungsschulpflichtigen aus der Teilnahme am Unterricht keine Verfüzung des Arbeitsverdienstes erwachsen möge, wurde einstimmig angenommen. Die zweite Entschließung wurde mit Mehrheit angenommen, in ihr wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Städte und Gemeinden, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausdehnung des Unterricht für Mädchen über das gesetzliche Mindestmaß erforderlich erscheinen lassen, die Schulpflicht für Mädchen auf 8 Jahre ausdehnen. Die mit dem Gesetzentwurf in Verbindung stehenden Mittheilungen wurden teilweise für erledigt erklärt, teilweise der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Präsident teilt mit, daß in der nächsten Woche keine Sitzungen stattfinden. Die nächste Sitzung wird anberaumt auf Montag, den 27. Mai nachmittags 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Regierungsentwürfe über Kriegsmassnahmen. — Mit den besten Wünschen für die Feiertage schließt Präsident Kopf kurz vor 8 Uhr die Sitzung.

Kriegsschuhe für die Landwirtschaft. In der Zweiten Kammer machte Staatsminister Frhr. v. Radman über die Beschaffung von Lederschuhen für die Landwirtschaft die wichtige Mitteilung, daß, wenn auch Lederschuhe, wie sie die Forstarbeiter erhalten, für die Landwirte nicht zu beschaffen waren, so doch 2174 Kriegsschuhe für die Landwirtschaft von nun an monatlich zur Verfügung gestellt werden. Diese Schuhe sind teilweise aus Leder mit Holzsohlen. Das Paar kostet bis zu 24 Mk.

Baden.

K. Gaggenau, 17. Mai. Im benachbarten Ottenau wurde gestern mittag 1 Uhr das glückliche Schicksal der Kriegserwitwe Galt von einem Automobil überfahren; das Kind starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen.

Heidelberg, 18. Mai. Wegen umfangreicher Verrückereien fand laut „Heidelb. Ztg.“ die Eheleute Georg Schmitt mit ihrer Tochter (Inhaber der Stadt-Früherjammestelle) verhaftet worden. Die Ehefrau Schmitt betrieb die Schweinbelegen seit Jahren und hat sich von Gulgäubigen neben Wertpapieren etwa 70 000 Mk. zu erwandeln gewußt. Es laufen immer noch weitere Anzeigen von Betrügern ein.

Kommunalpolitik.

r. Sulzb., 17. Mai. Die letzten Donnerstag stattgefundene Besprechung über Fleischabgabe bei den hiesigen Metzger erfreute sich einer außerordentlich guten Teilnahme. Es wurden die bestehenden Mißstände einmal gründlich beleuchtet. Besonders heftig waren die Angriffe gegen den Metzger Klein; es wurde allerdings auch betont, daß auch der andere Metzger, vielmehr dessen Frau, Brachat (der Mann ist zurzeit im Felde) sein weißes Rind sei, aber Klein hat es mit den Unregelmäßigkeiten auf die Spitze getrieben. Eine den Ausführungen der zahlreichen Redner entsprechende Resolution von folgendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen und ist der Ortsbehörde zur Kenntnis gebracht worden:

„Die am Donnerstag, 16. Mai, im Gasthaus „Zur Krone“ stattgehabte Besprechung einer großen Anzahl hiesiger Einwohner, erhebt energisch Protest gegen die in hiesiger Gemeinde stattfindende Fleischabgabe. Besonders beurteilen die Anwesenden auf das entschiedenste das Verhalten und die Unregelmäßigkeiten des Metzgers Klein, das dem Gemeinderat auch genügend bekannt sein dürfte. Sie bitten um dringende Abhilfe, da nach der Ansicht aller Anwesenden eine solche Person nicht mehr wünschenswert ist, ein offenes Geschäft zu führen. Sollte in dieser Sache keine Besserung geschehen, so behalten sich die Anwesenden weitere Schritte vor.“

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 18. Mai.

Pfingsten. Fünzig Tage nach Ostern feiert die Christenheit das Pfingstfest. „Pentekoste“ heißt in griechischer Sprache fünzig und aus diesem fremden hat sich dann unser deutsches Wort entwickelt, das uns heute durchaus deutlich anmutet. Das Pfingstfest wird Ende Mai oder Anfang Juni gefeiert, also wenn der Frühling seine herrlichsten Reize entfaltet und der Maibaum, der junge Birkenbaum ist das Zeichen, in dem das Fest vielfach begangen wird. In weiten Gegenden unseres Vaterlandes stellt man am Pfingsttag ein Birkenbäumchen vor die Tür, ein Brauch, der darauf hindeutet, daß auch unsere Vorfahren, die alten Germanen, zur Pfingstzeit Festtage hatten. Im Christentum ist Pfingsten das dritte hohe Fest im Jahre. Es wird begangen zur Erinnerung an die im 2. Kapitel der Apostelgeschichte berichtete Stiftung der christlichen Kirche. Die Feier dieses Festes wurde im Jahre 805 auf der Kirchenversammlung zu Elvira in Spanien festgelegt, es gibt der Osterzeit den Abschluß und zugleich auch der Zeit im Kirchenjahr, die hohen kirchlichen Feste enthält.

Zur Einmachei. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Zuweisung von Einmachei seitens der Reichsregierung an die Kommunalverbände ist in diesem Jahre erheblich geringer als im vorigen; sie beträgt nur etwa 2 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Das Rahmungsamt der Stadt Karlsruhe wird aber in der Lage sein, diese Kopfmenge aus angekauften Beständen um 8 Pfund zu erhöhen, sodas für jede bezugsberechtigte Person 5 Pfund Einmachei hier ausgegeben werden sollen.

Die Frage, ob diese Kopfmenge den einzelnen Haushaltungen genügt, wird namentlich von dem Ausfall der kommenden Obst-ernte abhängen. Im vergangenen Jahre war dieselbe in Baden sehr gut; ob dies in diesem Jahre ebenso gut sein wird, ist fraglich. Auf alle Fälle sind aber die Haushaltungen in der Lage, auch die Marmelade, die zurzeit in reichlichen Mengen ausgegeben wird, sich für die Einmachei zu Nutzen zu machen. Nach den Vorschriften der Reichsstelle muß die von den Fabriken hergestellte Marmelade 60 Prozent Zucker enthalten. Diefelbe kann wegen dieses starken Zuckergehaltes zur Streckung der in der Haushaltung gewonnenen Marmelade verwendet werden. Es empfiehlt sich daher dringend, daß die Haushaltungen die Gelegenheit benutzen und die Marmelade, welche zurzeit ausgegeben wird und die sehr gut ist, beziehen.

Bemerkung der Redaktion: Was zu den Kapiteln „Zucker“ und „Marmelade“ zu sagen ist, haben wir schon in verschiedenen Artikeln ausgesprochen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man dem Zucker geben sollte, der da ist und den es braucht, dann kann es sich die Marmelade selber herstellen. Statt dessen wird aus dem Zucker ein Zuckerobjekt gemacht. In die ganze Zuckerwirtschaft des Reiches gehört mit Eisenbahnschienen dringender. Bei Verfüzung der Produktion wurde versprochen, daß an Stelle des Brotes mehr Nahrung, vor allem mehr Zucker, ausgegeben werden soll — man spricht von 25 Gramm täglich — und wir hoffen, daß die Versprechungen auch nachgemacht werden. Das muß natürlich Zucker sein, der auf den Einmachei nicht angerechnet ist.

Die maßgebenden Stellen werden sich wohl des Ernstes der Lage bewußt sein. Das Volk weiß, daß nicht alle gleichmäßig von den Entbehrungen betroffen werden. Und alles hat einmal eine Grenze.

Der Sozialdemokratische Verein nimmt in einer am nächsten Mittwoch im „Goldenen Adler“ stattfindenden Versammlung Stellung zur bevorstehenden Landtagsersatzwahl im Weststadt-Bezirk. Redakteur Weismann spricht in der Versammlung über Fragen der Landespolitik. Es darf bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet werden, daß die Parteigenossen zahlreich in der Versammlung sich einfinden, insbesondere auch die Parteimitglieder aus der Weststadt, Mühlburg, Grünwinkel und Daland, bei denen ein besonderes Interesse für die Ersatzwahl vorausgesetzt werden muß. Mit Rücksicht auf dieselben findet die Versammlung diesmal in einem gut erreichbaren, mitten in der Stadt gelegenen Lokal statt.

Bürgerausschuss-Sitzung. Dienstag, 18. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr findet eine Sitzung des Bürgerausschusses statt; als wichtigster Punkt steht die Beratung der Vorlage betr. Entlohnung der städtischen Beamten und Arbeiter auf der Tagesordnung.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Am Donnerstag, 23. Mai, abends punkt 8 Uhr, im H. Rathausaal Fraktions-Sitzung.

Unfall mit Todesfolge. Ein Soldat von Feldart.-Reg. Nr. 50 hier wollte vorgestern nachmittags Ecke der Mülke- und Aufmühlstraße auf einen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 8 aufspringen und wurde dabei verunfallt von einem entgegenkommenden Wagen angefahren, zu Boden geworfen und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Die Leiche wurde nach der Kaserne verbracht. Untersuchung ist eingeleitet.

Auszeichnung. Gefreiter Heinrich Philipp von hier hat neben dem Eisernen Kreuz 2. Klasse das bayerische Verdienstkreuz 3. Klasse und die Militär-Verdienstmedaille erhalten.

Pfingstverkehr im Stadtpark. Wie alljährlich werden auch die diesjährigen Pfingstfeiertage bei gutem Wetter einen großen Menschenstrom dem Stadtpark zuführen. Zur Sicherstellung eines geordneten Verkehrs im Garten hat die Stadtpark-Kommission die nötigen Massnahmen getroffen. Der Zugang zum Stadtpark kann sowohl westlich der Festhalle als auch am Süden des Gartens (gegenüber dem Hauptbahnhof) genommen werden. An besonderen Ausgängen stehen zur Verfügung: ein Durchlaß bei der Wohnung des Festhalle-Hausmeisters auf der Westseite des Vierort-Ab-Gebäudes und ein solcher beim Pförtnergebäude an der Eitlingstraße, sowie die Treiler beim Rinder-spielplatz nächst dem Musikhäuschen, beim früheren Bahnübergang am Becherheimer Wäldchen und bei der Brücke am Eirgartenweg. Der Eingang westlich der Festhalle sollte, soweit möglich, nicht als Ausgang benutzt werden. Die schönsten Wetter werden an beiden Pfingstfeiertagen im Stadtpark nachmittags von 1/2 Uhr ab Festkonzerte veranstaltet werden.

Die Sprossentigen Schakanweisungen der 7. Kriegsanleihe. Nach einer Bekanntmachung im Angelegenheit können die Zwischenscheine für die Sprossentigen Schakanweisungen der 7. Kriegsanleihe vom 27. Mai ds. Js. ab in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden. Der Umtausch findet bei der

Umtauschstelle für die Kriegsanleihe, Berlin 8, Behrensstraße 22, statt. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung ersichtlich.

Colosseum. Das Frankfurter Intime Theater, welches seit dem 16. Mai einen neuen glänzenden Spielplan hat, gibt täglich abends 8 Uhr Vorstellung. An den beiden Pfingstfeiertagen finden jeweils 2 Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, statt. Mit dem 31. Mai ist das Gastspiel beendet.

Luxemb.-Lichtspiele (Lutz), Kaiserstraße 168. Das Pfingstfestprogramm bringt die beliebte Künstlerin Hedda Bernon in ihrem neuesten „Filmmwerk „Der Nebel gröhete aber ist die Schuld“, einem Drama in 4 Akten. Wir können einen Besuch nur empfehlen.

Residenz-Theater, Badstraße. Dasselbst wird der Film „Das Abenteuer einer Ballnacht“, mit Biggo Larjen, seine Aufführung während der Pfingstfeiertage finden. Auch der übrige Teil des Programms ist sehr unterhaltend und ein Besuch zu empfehlen.

Balfour über die Friedensfrage.

Paris, 17. Mai. Im englischen Unterhause richtete Lord Balfour mehrere Fragen bezüglich des Briefes von Kaiser Carl. Er wollte wissen, ob dieser Brief von der französischen Regierung zur Kenntnis der anderen Alliierten gebracht worden sei, besonders, ob die amerikanische Regierung davon Kenntnis gehabt habe. Weiter fragte er, ob der Premierminister zurzeit, als er von dem Briefe Kenntnis bekam, dem auswärtigen Amte den Wortlaut des Briefes ebenfalls bekannt gegeben habe, weshalb die Unterhandlungen abgebrochen worden seien und ob dies lediglich aus territorialen Gründen geschehen sei. Ob es geschehen sei, weil Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern die Grenze von 1814 aber gar von 1790 wiederhergestellt haben wollte.

Balfour beantwortete die Fragen der Reihe nach. Die Angelegenheit habe selbstredend in England und außerhalb des Landes sehr viel Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Wir haben, so führte er aus, zu keiner Zeit Friedensunterhandlungen angestellt, würden sie aber ebenfowenig zurückgewiesen haben, wenn ein anderes Volk sie wünschte. Wenn ein Vertreter eines kriegsfreundlichen Landes ernsthafte Vorschläge zu machen hat, sind wir immer bereit, sie anzuhören. Es ist selbstredend, daß wir unter keinen Umständen Verhandlungen beginnen, ohne unsere Bundesgenossen davon in Kenntnis zu setzen. Der Brief, der die ganze Debatte hervorgerufen hat, war lediglich ein Privatbrief Kaiser Karls an ein Familienmitglied. Dieses Familienmitglied hat dem französischen Präsidenten den Brief gegeben, den dieser wiederum dem englischen Premierminister unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit zuschickte. Ich glaube nicht, daß die Stockholmer Konferenz dazu geführt hätte, den Krieg zu Ende zu bringen. Die Haltung der deutschen Regierung der Konferenz gegenüber hängt in keiner Weise mit dem Briefe Kaiser Karls und mit den diesbezüglich geführten Unterhandlungen und Besprechungen zusammen. München hat weiter nach dem Grunde gefragt, weshalb diese Unterhandlungen abgebrochen wurden und ob dies geschah, weil die französische Regierung nicht zufrieden war mit der Forderung der Rückgabe von Elsaß-Lothringen, wie es vor 1870 bestand, sondern daß es auch diejenigen Gebiete zurückhalten wollte, die 1790 und 1814 zu Lothringen gehört haben. Selbstredend war dies eine Anspielung Dumcians auf den Besuch Doumergues beim Zar in St. Petersburg 1917. Es ist absolut nicht die Rede davon, daß diese vergrößerte Elsaß-Lothringen eines der Kriegsziele der Alliierten ist. Wir haben Beweise dafür, daß die deutsche Regierung niemals diejenigen Möglichkeiten ins Auge faßte, die für uns nötig sind, um einen billigen Frieden herbeizuführen, einen Frieden, der die Freiheit der Welt sichern soll, sowie die Freiheit derjenigen, die von der deutschen Vergewaltigung bedroht werden. Es gibt niemand, der härter als die britische Regierung wünscht, den Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu führen. Wenn uns die eine oder andere Methode geeignet würde, wie das geschehen kann, dann wird diese Methode sicherlich angenommen werden. Doch wir kämpfen nur als eine Macht inmitten zahlreicher Bundesgenossen gegen unsere gemeinsamen Feinde, die, soweit es zu überblicken vermag, zu keinem einzigen Zeitpunkt und heute weniger denn je die geringste Absicht hatten, unsere berechtigten Wünsche entgegenzukommen, Wünsche, mit denen das ganze Haus und das ganze Volk übereinstimmen. Dieses große Ziel können wir nur erreichen, wenn zwischen den Bundesstaaten untereinander vollkommenes Vertrauen besteht.

Letzte Nachrichten.

WTB. Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben im Nermelkanal und an der Ostküste Englands wiederum 13 000 B.R.L. feindlichen Handelschiffraum berient. Zwei Dampfer wurden aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen.

Ukrainischer Handels- und Industriekongress. WTW. Wien, 17. Mai. (Nicht amtlich.) Der ukrainische Handels- und Industriekongress ist gestern hier eröffnet worden. Anwesend waren an 1000 Delegierte führender Wirtschaftskörpers, auch des Bauernbundes und der Grundbesitzervereinigungen. Nach kurzer Begrüßung durch den Ministerpräsidenten Ryjogub hielt Handelsminister Gubnik eine größere Programmrede, die auch an den Stellen, an denen er von einer notwendigen Einschränkung des freien Handels durch Staatskontrolle sprach, mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Kongreßteilnehmer berichteten, daß im Donez-Bezirk noch große Arbeiterkürzungen herrschten. Der Geist der Arbeitervertreter wirkte dort vielfach noch unverändert. Die Zeitungen bringen heute eine offizielle Abkündigung des angeblichen Mißbehagens an die Moskauer Sowjetregierung.

Wasserstand des Rheins. Susterinsel 1,82 Meter, gef. 2 Zentimeter; Rehl 2,79 Meter, gef. 7 Zentimeter; Waxau 4,30 Meter, gef. 8 Zentimeter; Mannheim 3,36 Meter, gef. 2 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabold für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Lustenstraße 24.

Wegen der Pfingstfeiertage erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Dienstag.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des „Gold. Adler“, Karl Friedrichstraße 12 3520

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteurs H. Weismann, über: „Die gegenwärtige Landtagstagung und die politische Lage in Baden.“
 2. Aufstellung des Kandidaten für den 48. Landtagswahlkreis Karlsruhe-Mühlburg.
- Wir loben die Parteigenossen und Genossinnen zu dieser Versammlung höflich ein, mit dem Erfuchen, zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Der Vorstand.

Der Stenographenverein Gabelsberger Karlsruhe

Öffnet am Montag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in der Linienstraße (Kriegstraße 118) einen Anfängerkurs. Die Vergütung beträgt 10 Mk. Anmeldungen werden entgegengenommen.

im Vereinslokal: Gasthaus zur „Rose“; beim Schuldiener der Lindenstraße; vom Kursleiter Herrn Bernalter Sasse (Stadt. Arbeitsamt), sowie beim Beginn des Kurses im Unterrichtslokal. Die diesjährige Mitglieder-Versammlung findet am Mittwoch, den 29. Mai, abends 9 Uhr im Vereinslokal statt, wozu die verehrlichen Mitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen einladet 3518

Der Vorstand.

COLOSSEUM.

Waldstrasse 16/18. Telefon 1998.

Täglich abends 8 Uhr

Gastspiel

des 3515

Frankfurter intimen Theaters

mit NEUEM glänzendem Programm.

Pfingst-Sonntag und -Montag

jeweils zwei Vorstellungen nachmittags 4 u. abends 8 Uhr.

Durlach-Turmberg-Pfingst-Verkehr

Fahrpreis-Ermässigung.

Zum Besuche des Turmbergs werden von den Schaffnern der Stadt. Strassenbahn Fahrscheine wie folgt ausgegeben:

Fahrscheine 40 Pfg., rot, gültig für eine einmalige Hinfahrt auf einer beliebigen Strassenbahnstrecke einschl. einer Bergfahrt.

Fahrscheine 60 Pfg., blau, gültig zur einmaligen Hin- und Rückfahrt auf einer beliebigen Strassenbahnstrecke, sowie auf der Bergbahn.

Eine einmalige Talfahrt auf der Bergbahn kostet 15 Pfg., eine Bergfahrt 25 Pfg., Berg- und Talfahrt 35 Pfg., Militär hat auf der Bergbahn Vorzugspreise.

Städt. Bahnamt.

Tüchtige nur zuverlässige Aushilfs-Kellnerinnen und Spülfrauen

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht. Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr. Pfingstsonntag geschlossen.

Städt. Arbeitsamt 350

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstraße 100, 2. St.

Stadtgarten Karlsruhe.

Nur bei schönem Wetter

An den beiden Pfingstfeiertagen, jeweils nachmittags von 3 1/2-7 Uhr,

Volkstüml. Musikkaufführungen

Pfingstsonntag:

Kapelle des Gr.-Bail. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 109.

Musikleiter: Herr Königl. Obermusikmeister Granzau.

Pfingstmontag:

Feuerwehr- und Bürgerkapelle

Musikleiter: Herr Militär-Obermusikmeister a. D. S. Stefe.

Eintrittspreise:

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten 80 S.
Soldaten vom Feldwebel abwärts u. Kinder unter 10 Jahren 40 S.
Sonstige Besucher 80 S.
Vortrags-Ordnung 10 Pfennig. 8514

Neues Konzerthaus.

Kleiner Saal.

Die neuere Dichtung

Ein Vortragszyklus. — Erster Abend

Mittwoch, den 22. Mai 1918, abends halb 8 Uhr.

Ewald Schindler

Rezitation aus Werken von Werfel, Loerke, Sternheim, Brod und Däubler.

Einleitende Worte gesprochen von Waldemar Klein.

Vorverkauf bei 3524

Hofmusikalienhandlung Fr. Doert Kaiserstr. 159

Telephon 698

Eintrittskarten zu Mk. 3.75, 2.75 und 1.75.

Papier.

3244

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.

Gasthaus zu den 3 Kronen

Ecke Zähringer- und Kronen-Strasse.

Reine Weine (Gimmeldinger)

Den ganzen Tag Bier

Über die Feiertage:

Dunkel Moninger

Gut bürgerliche Küche.

3530 Ferd. Weber.

Zum sofortigen Eintritt wird eine größere Anzahl fleißige 3516

Arbeiterinnen

gesucht, Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen. Zu melden beim Portier.

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co. Bannwaldallee 1 und 2.

Größere Anzahl

Fabrikarbeiterinnen

aller Art sofort gesucht. 3509

Städt. Arbeitsamt Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstr. 100, 3. 11.

Tüchtige Heizungsmonateure

erhalten dauernde Beschäftigung bei Gebr. Körting N.-G., Stuttgart, Sofienstraße 26. 3512

Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volksfreund

Grossherz. Hoftheater.

Spielplan vom 19. Mai bis 27. Mai.

Sonntag, 19. Mai, 8. „Lannhäuser“, 6-10. — Montag, 20. Mai, 6. „Opernball“, 7-10. — Mittwoch, 22. Mai, 8. „Der Postillon von Lonjumeau“, 7-10. — Donnerstag, 23. Mai, 6. „Torquato Tasso“, 7-10. — Freitag, 24. Mai, 8. „Frauenlist“, „Brüderlein fein“, 7-10. — Samstag, 25. Mai, 8. „Zum erstenmal: „Edelweiss“, dramatisches Gedicht von Emil Götli, 7-10. — Sonntag, 26. Mai, 6. „Lannhäuser“, 6-10. — Montag, 27. Mai, 8. „Die Straße nach Steinach“, 7-10. — In großen Rathhauseaal: Dienstag, 21. Mai, 8 Uhr: Vortrag von Hermann Burte über Emil Götli. — Im Konzertsaal: Sonntag, 19. Mai, „Der Gwissenswurm“, 7-10. — Montag, 20. Mai, „Charleys Tante“, 7-10. — Sonntag, 26. Mai, „Johannisfeuer“, 7-10. 3523

Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf

Montag, den 27. Mai 1918, nachm. 5 Uhr, in den großen Rathhauseaal einzuladen.

Tagesordnung.

1. Die Betreibung der öffentlich-rechtlichen Forderungen der Stadt (Nr. 59).
2. Aenderung der Satzungen der Spar- und Pfandleibkasse Karlsruhe (Nr. 60).
3. Entlohnung der städt. Beamten, Lehrer und Arbeiter während des Krieges (Nr. 61).
4. Verkauf von Gelände im Bannwald (Nr. 62).
5. Einführung des Straßenbahngeleises in der Mühlzentrale Jähringerstraße 45/47 (Nr. 63).
6. Ankauf der Grundstücke Lgh. Nr. 8609 und 8610 im Gewann Oberer See (Nr. 64).
7. Ankauf des Grundstückes Lgh. Nr. 1058 an der östlichen Kriegsstraße (Nr. 65).
8. Dienstvertrag mit dem Vorstand des städt. Grundbuchamts, Stadtrechtsrat Dr. Friz Ammann.

Karlsruhe, den 16. Mai 1918. 3520

Der Oberbürgermeister.

Gewässerte Stockfische

werden solange der Vorrat reicht, in den städtischen Buden auf den Märkten zum Preise von 1 Mk. für das Pfund abgegeben.

Karlsruhe, den 17. Mai 1918. 3525

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Eröffnungs-Anzeige!

Wilhelm Vivell

Kunst- u. Rahmenhandlung

Fernsprecher Kaiserstrasse 122 Fernsprecher 1892 1692

Eingang Waldstrasse, gegenüber dem Residenztheater.

Gerahmte Bilder

Kunstblätter 3531

Photographie-Rahmen

Kunstpostkarten

Werkstätte für Einrahmungen.

Hausfrauen „Hohlo“

Alleiniger Hersteller: Fritz Hohl, Karlsruhe.

Wirtschaft „Schloss Ruppurr“

Schönster Ausflugsort in nächster Umgebung Herrlicher Garten u. Veranda. — Gute Bewirtung. Um regen Besuch bittet 3517 M. Hain.

Frieden der Verständigung.

Reichstagsrede von Ph. Scheibemann.

Preis 10 Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Hobelbank

Partie versch. Möbel zu verkauf. Eisenweinstr. 34. 3527

Sellerie - Seplinge

Zmal verpackt, werden Dienstag nachmittags von 3 bis 6 Uhr abgegeben. Eingang Wolkestrasse 3532

Stadt. Krankenhaus.

Bitt-Gesuche

jeder Art an Militär- und andere Behörden zu. Urlaub, Rückverlegung usw. fertigt bekannte Schriftstellerin, welche glänzende Erfolge aufzuweisen hat, zu mäßigem Preise. 3528

Zu sprechen täglich bis 6 Uhr.

Frau Olga Baumann,

Schriftstellerin, Rudolfstr. 6, 11

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen und 4 1/2% Schatzanweisungen der VII. Kriegsanleihe können vom

27. Mai d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 2. Dezember 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4 1/2% Reichsschatzanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV., V. und VI. Kriegsanleihe ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli, 1. Oktober 1917 und 2. Januar d. Js. fällig gewordenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Mai 1918.

8510

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

ULI
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.
Pfungst-Fest-Programm.

Hedda Vernon
in ihrem neuesten Filmwerk
Der Uebel Größtes aber ist die Schuld
Drama in 4 Akten. In den übrigen Hauptrollen:
Bruno Eichgrün und Josef Peterhans.

Die gefoppten Miterben
Lustspiel in 3 Akten. 8518
Hauptdarsteller: Trude Troll u. Ferry Sikla.

Der Lebende hat Recht.
Drama in 1 Akt von Richard Oswald.
Hauptdarsteller: Theodor Loos.
Anfang tägl. 8 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Residenz-Theater
Waldstrasse
Samstag einschl. Dienstag
Viggo Larsen
in dem Schauspiel 8526
Das Abenteuer einer Ballnacht.
Eine Lehre für Ehemänner.
Lustspiel in 2 Akten.
Bilder aus d. grossen Schlacht im Westen
4. Teil.
Ausgabe des Bild- und Filmtant.

Schreiner, Schlosser u. Tüncher
garntfondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1008 an die Geschäftsstelle des Volksfreund.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Pfungst-Programm!
Ellen Richter
in ihrem neuesten Film 8519
Die Schuld des Dr. Adrian Dorezy
(Salome)
Ein phantastischer Filmroman in 5 Akten.
Regie: Richard Eichberg.

Henny Porten
in
= Edelsteine =
Drama in 4 Akten von Robert Wiene.
Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Städtisches Vierordtbad.
Große Schwimmhalle.
Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags, sowie Freitags abends 6-8 1/2 Uhr.
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 1/8 bis 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2-5-8 Uhr, Freitage nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 3-9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen. 2132
Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Umzüge
mit
A. Muffinger
Vorkstraße 4.
Telephon 1700.
Spiegel.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für Karlsruhe:
150 Schlosser
für leichte Munitionsarbeiten. 8475
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100.

Nachfahrer!
Empfehle meine bestens bewährte „Nax“-Rad-Polierbereifung D.M.M. D.M.P. an dem konkurrenzlos durch Vertriebsförderung d. Volkselemente. Tadellos bei Eis, Schlamm und geräuschlos, da mit Gummiunterlage. Leicht und elegant spielend leichte Montage ohne Veränderung der Felg. 2 Reifen R. 30. - franco Nachnahme. Vertreter gesucht. 3511
Georg Adolf Sittmann
Hambura 23/2a.

Schönen Verdienst,
auch im Nebenberuf, können Leute aller Berufsarten, auch Kriegsinvalide, erwerben durch Übernahm eines Abos für die geschäftlich geschulte Kriegserinnerungs-Neuheit: „Der Kornist als Photographierahmen“. Alle diejenigen, die das Bild ihre Kräfte in eine herrliche, sinngemäße Umarmung bringen wollen, laufen, Nax durch A. Hlbin, Chemnitz-Süderstr. Steinwegstr. 10.

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 20. bis 26. Mai 1918.

- Leigwaren (Auszuware)**
1/2 Pfund zum Preis von 17 Pfg. gegen die Marke A Nr. 86.
- Kochfertige Suppen VII (eigene Herstellung)**
1/2 Pfund zum Preis von 32 Pfg. gegen die Marke B Nr. 86.
- Marmelade**
1 Pfund zum Preis von 92 Pfg. gegen die Marke C Nr. 86.
- Kaffee-Ersatz**
Kaufmenge 1/2 Pfund. Preis für 1 Paket Mk. 1.40 gegen die Marke D Nr. 86.
- Zucker**
300 gr gegen die Zudermark Nr. 86.
- Eier**
1 Zulaufsei zum Preis von 28 Pfg. ab Mittwoch, gegen die Eiermark A Nr. 86. Sammelmärken werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingelöst.
- Fett**
125 gr gegen die Fettmarken C und D Nr. 86 und zwar in den Fettverkaufsstellen Nr. 1-50 Mittwoch bis Freitag Nr. 51-100 Donnerstag bis Samstag Nr. 101-200 Samstag bis Dienstag, den 28. Mai 1918.
- Dörrobst (Apfel und Mischobst)**
1/2 Pfund zu Mk. 1.60, markenfrei.
- Dörrgemüse (Gelbrüben)**
1/2 Pfund zu Mk. 1.- markenfrei.
- Gemüse-Konserven**
soweit der Vorrat reicht, markenfrei.
- Kindernährmittel**
1 Paket von 250 g zu Mk. 1.- gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 86.
- Fleisch**
250 g (175 g Fleisch und 75 g Wurst).
- Kartoffeln**
15 Pfund gegen die Kartoffelmark C Nr. 86 mit Anhang, für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelaufmarken C und D Nr. 86.
Ferner hat jeder Haushalt, welcher für die Zeit bis zum 19. Mai Kartoffeln eingelagert hat, für den Rest der Versorgungsperiode bis 3. August 1918, 75 Pfund Kartoffeln pro Kopf vom Kartoffelamt zu beziehen.
- Sauerkraut**
In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres markenfrei abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 21. Mai 1918.

Einlösungstellen für Sondermarken (Krankenzulass- und F-Marken, Versorgung von Mutter und Kind und Zusatzkarten für Kindernährmittel) für die unter 1 bis 11 aufgeführten Lebensmittel:
Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße 74, Kriegstraße 40, Karlstraße 23 und die Filiale der Firma Baumkuch u. Co., Rheinstraße 25.
Für Fett ferner die städt. Verkaufsstelle Butterbunne, Amalienstraße 29.

Frei für Abrechnung und Ablieferung der Marken für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit und für die anderen Waren: Mittwoch, den 29. Mai 1918.

Für die Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1918 sind zur Verteilung vorgelesen:

Graupen 1/2 Pfund	Dörrgemüse
1 Waggebirsel	Fett
Kochfertige Suppen 1/2 Pfund	Kindernährmittel
Stuhlbohne 1/2 Pfund	Fleisch
Dörrobst	Kartoffeln
	Sauerkraut

Karlsruhe, den 17. Mai 1918 8529

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Cheaufgebot. Peter Seib von Brombach, Bäckermeister hier, mit Theresia Anderer Witwe von Reichenbach.
Eheschließungen. Hermann Köhler von Kirchheim u. Z. Stadtmittler hier, mit Klara Dehder von hier. Karl Meier von Waldstätten, Postkassierer hier, mit Sophie Köhler von hier. Karl Burgard von Waldkirch, Postkassierer hier, mit Maria Jurdat von hier. Wilhelm Holz von hier, Tiefbautechniker hier, mit Wilhelmine Genhner von hier.
Geburten. Erwin Paul Hans, v. Heinrich Högrefe, Schumacher. Elfriede Margarethe, v. Karl Nagel, Bremser. Elfriede, v. Ernst Wildenberger, Wagenführer. Ilse Philippine, v. Heinrich Dins, Oberpostkassierer. Elfriede, v. Heinrich Loisch, Kaufmann. Konrad Lub, Schreiner, Ehemann, 48 J. alt. Karbarina Petzold, 79 J. alt. Witwe von Andreas Petzold Kunstgärtner. August Schwinn, 63 J. alt, Witwe von Adam Schwinn, Kaufmann.

Die für das Die zum Wahlfred Welt zu aus, das dern au gleiche aufkündig Trob wiederho Auflö Front u wurde, i Regierung der Wol Wahlfred Städti ten, wir zung d digung d verkürzt d u r g g Regierung Maffen i Es if ernste p sondern nach best taff r dei. A Sinne d gnisatio liberall i die Aufk wird Der preuß feia u der Ver Ber

Als Gollweg Krieges zu schma über diei das vorz Stimmu aber woh lichteit i heute ga weg folg des Bede Der auch der aufrecht ge r t i Grauen neration dieier gn dung gef lcheidung Das Brotatio Vorjahre immeren Bantafu Gema Seite ein mangels ohne dir ausprobi siche wei Westweger die uns des um bald 16 wohl jag So E Rand ein Wirkung Verhalten aus Fur rückgebal der Hec zur Reg